Stand: 07.07.2025 03:34:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/29327

"Landtag unterstützt Bayerns Apotheken: Bund muss Rahmenbedingungen für eine weiterhin wohnortnahe Arzneimittelversorgung endlich verbessern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/29327 vom 13.06.2023
2. Beschluss des Plenums 18/29399 vom 14.06.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 147 vom 14.06.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 13.06.2023 **Drucksache** 18/**29327**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Helmut Radlmeier, Berthold Rüth, Klaus Stöttner, Carolina Trautner, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Landtag unterstützt Bayerns Apotheken: Bund muss Rahmenbedingungen für eine weiterhin wohnortnahe Arzneimittelversorgung endlich verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass wohnortnahe Apotheken zentral wichtige, niedrigschwellige, also leicht und rasch erreichbare Gesundheitsangebote bieten. Sie haben in den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren, die von Lieferengpässen bei einer zunehmenden Zahl von Arzneimitteln, von Corona und auch von wachsenden Schwierigkeiten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, geprägt waren, Großartiges für die Versorgung der Patientinnen und Patienten geleistet.

Diesen Einsatz würdigt der Landtag. Ebenso würdigt der Landtag den Einsatz der Staatsregierung zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung – Stichworte „Task force“ bzw. „Allgemeinverfügung“, um gegen Arzneimittelengpässe vorgehen zu können.

Der Landtag untermauert seinen Beschluss auf Drs. 18/28924 und steht an der Seite der Apothekerinnen und Apotheker. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin mit Nachdruck für eine Verbesserung der Erlössituation der Vor-Ort-Apotheken einzusetzen. Insbesondere soll die Staatsregierung darauf hinwirken, dass der Bund die durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV = Gesetzliche Krankenversicherungen) eingeführten Sparmaßnahmen zulasten der Menschen rückgängig macht und Leistungen der inhabergeführten öffentlichen Apotheken angemessen und gerecht honoriert werden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass weitere Schritte unternommen werden, um die Produktion – zumindest lebenswichtiger – Arzneimittel und ihrer Wirkstoffe zu ganz wesentlichen Teilen wieder ins (europäische) Inland zurückzuverlagern (vgl. auch Drs. 18/7479).

Begründung:

Die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e.V. ABDA und der Bayerische Apothekerverband e.V. (BAV) ließen zum heutigen bundesweiten Apotheken-Protesttag am 14. Juni 2023 verlautbaren: „Am 14. Juni werden viele Apotheken in ganz Deutschland geschlossen bleiben. Die Apotheken schließen aus Protest und erklären den 14. Juni zum bundesweiten Protesttag. Die Arzneimittelversorgung bleibt zwar aufrechterhalten – allerdings nur über die Notdienstapotheken. Die Apothekerschaft reagiert damit auf gesundheitspolitische Entscheidungen der Bundesregierung.“

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Klar ist: Bayern war und ist es stets ein dringendes Anliegen, die bewährte flächendeckende Arzneimittelversorgung über Apotheken vor Ort für den Flächenstaat Bayern zu erhalten. Die Apotheken sind Stützpfeiler der Arzneimittelversorgungssicherheit. Deshalb besteht grundsätzliches Verständnis für die Protestaktionen, vor allem im Hinblick auf die vergangenen Monate, die von Versorgungsmängeln und/oder -engpässen bei verschiedensten Arzneimitteln, etwa zur Therapie von Brustkrebs, Fiebersäften für Kinder oder Asthma-Präparaten, geprägt waren – oder auch durch wachsende Herausforderungen in der Personal- und die Erlössituation.

Klar ist: Apotheken sind mehr als Läden für Arzneimittel, sondern das zentrale, niedrigschwellige Gesundheits(-beratungs)angebot. Auf Bundesebene müssen deshalb die Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den Apotheken insbesondere im ländlichen Raum ermöglichen, auskömmlich zu arbeiten. Dazu gehört zum Beispiel, dass der Bund die im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz eingeführte Erhöhung des Apothekenabschlags (Rabatt an die GKV) wieder streicht und die Festzuschläge, die seit zehn Jahren nicht erhöht wurden, anpasst, damit die Leistungen der inhabergeführten öffentlichen Apotheken angemessen und gerecht honoriert werden. Auch die vorgesehene Entschädigung für das Management bei den vielen Lieferengpässen ist mit 50 Cent pro Fall unangemessen niedrig.

Die Staatsregierung hat bereits vielerlei Maßnahmen ergriffen, um die Apothekenversorgung zukunftsfit zu machen. Die Apothekenversorgung muss auch künftig wohnortnah sichergestellt sein.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 14.06.2023 **Drucksache** 18/**29399**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Helmut Radlmeier, Berthold Rüth, Klaus Stöttner, Carolina Trautner, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/**29327**

Landtag unterstützt Bayerns Apotheken: Bund muss Rahmenbedingungen für eine weiterhin wohnortnahe Arzneimittelversorgung endlich verbessern

Der Landtag stellt fest, dass wohnortnahe Apotheken zentral wichtige, niedrigschwellige, also leicht und rasch erreichbare Gesundheitsangebote bieten. Sie haben in den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren, die von Lieferengpässen bei einer zunehmenden Zahl von Arzneimitteln, von Corona und auch von wachsenden Schwierigkeiten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, geprägt waren, Großartiges für die Versorgung der Patientinnen und Patienten geleistet.

Diesen Einsatz würdigt der Landtag. Ebenso würdigt der Landtag den Einsatz der Staatsregierung zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung – Stichworte „Task force“ bzw. „Allgemeinverfügung“, um gegen Arzneimittelengpässe vorgehen zu können.

Der Landtag untermauert seinen Beschluss auf Drs. 18/28924 und steht an der Seite der Apothekerinnen und Apotheker. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin mit Nachdruck für eine Verbesserung der Erlössituation der Vor-Ort-Apotheken einzusetzen. Insbesondere soll die Staatsregierung darauf hinwirken, dass der Bund die durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV = Gesetzliche Krankenversicherungen) eingeführten Sparmaßnahmen zulasten der Menschen rückgängig macht und Leistungen der inhabergeführten öffentlichen Apotheken angemessen und gerecht honoriert werden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass weitere Schritte unternommen werden, um die Produktion – zumindest lebenswichtiger – Arzneimittel und ihrer Wirkstoffe zu ganz wesentlichen Teilen wieder ins (europäische) Inland zurückzuverlagern (vgl. auch Drs. 18/7479).

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Carolina Trautner
Abg. Christina Haubrich
Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
Abg. Andreas Winhart
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Abg. Bernhard Seidenath

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
Landtag unterstützt Bayerns Apotheken: Bund muss Rahmenbedingungen für eine weiterhin wohnortnahe Arzneimittelversorgung endlich verbessern
(Drs. 18/29327)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Carolina Trautner von der CSU-Fraktion das Wort.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Dankeschön beginnen an unsere Apothekerinnen und Apotheker, die wahre Experten sind und nicht einfache Verkäufer, die Gesundheitsfachfrauen und -fachmänner sind, die eine qualitativ hochwertige Versorgung mit Arzneimitteln für uns sicherstellen und die das tagsüber und auch nachts und an Sonntagen und Feiertagen machen. Das ist unschätzbar viel wert. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Apotheker verkaufen nicht nur ein Medikament über den Ladentisch – sie beraten, sie hören zu, sie wissen um die Krankheiten. Sie wissen um die Wechselwirkungen der unterschiedlichen Medikamente. Sie klären auf, sie sind für uns da. Sie bieten eine qualitativ wirklich hochwertige Beratung und sind niederschwellig, wohnortnah und flächendeckend überall gut für uns erreichbar.

In den letzten Monaten haben die Apotheken Unermessliches geleistet, auch schon während Corona. Das war keine einfache Zeit. Jetzt gibt es eine erschreckende Zunahme von Lieferengpässen bei Arzneimitteln. Auch hier haben sie schnell und flexibel reagiert.

Die Energiepreise steigen. Der Fachkräftemangel in den Apotheken ist eklatant. Auch das müssen wir uns immer wieder vor Augen halten. In dieser Zeit konnten wir uns auf sie verlassen. Sie haben nicht gejammert. Sie haben gehandelt – pragmatisch und zum Wohle von uns allen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt haben wir eine prekäre Situation zu verzeichnen. Das Apothekensterben hat längst begonnen. Jetzt müssen wir uns als Gesellschaft fragen: Was ist uns eine gute Arzneimittelversorgung wert, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen? Da müssen wir handeln. Wir müssen mutig handeln und uns darauf besinnen, dass wir, wenn wir eine flächendeckende Versorgung mit Apotheken und Arzneimitteln aufrechterhalten wollen, schauen müssen, dass das Arbeiten in der Apotheke auch entsprechend vergütet wird. Hier ist im Bund etwas zu tun. Da muss der Bund jetzt handeln. Die Erlössituation muss angepasst werden, damit die Apotheker auskömmlich arbeiten können.

Als Erstes fordern wir als CSU-Fraktion die Rücknahme der Erhöhung des Apothekenabschlags, dieser sogenannte Rabatt an die GKV, der zum 01.02.2023 erhöht wurde. Das ist nicht leistbar in Zeiten, in denen die Preise steigen, die Inflation steigt, die Energiepreise steigen und die ganze Chose sowieso nicht auskömmlich bezahlt wird.

Als Zweites fordern wir, dass die Leistungen der Apotheker gerecht und angemessen honoriert werden. Das heißt, die Festzuschläge müssen erhöht werden. Sie sind seit zehn Jahren nicht erhöht worden. Das kann sich doch keiner vorstellen. In der Wirtschaft würde das kein Mensch tolerieren. Auch hier braucht es eine Erhöhung. Das ist inzwischen nicht mehr auskömmlich, sondern defizitär. Da muss man sich dahinterklemmen, dass hier endlich etwas passiert. Ich darf das an dieser Stelle sagen: Apotheker sind keine Kostentreiber. Sie machen gerade mal 2 % der Gesamtausgaben der GKV aus. Die Apothekervergütung treibt die Kosten nicht in die Höhe.

Die Entschädigung für das Management bei Lieferengpässen ist mit 50 Cent zu gering. 50 Cent! Sie müssen sich mal vorstellen, was ein Apotheker da machen muss. Der bekommt das Rezept in die Hand und muss erst mal 20 Dinge überprüfen, um festzustellen, ob das Rezept ordnungsgemäß ausgestellt ist. Dann stellt er fest: Das Medikament ist nicht lieferbar. Dann muss er die Praxis anrufen. Er muss den Arzt erreichen. Er muss mailen, faxen und Bescheid bekommen: Kann ich das Medikament durch ein anderes ersetzen? Das geht nicht mit "just in time". Das dauert nicht idealerweise nur zehn Minuten. Das dauert manchmal zwei bis drei Tage. Da muss man darauf warten. Da muss man das alles klären. Das kostet alles Zeit. Für diese Zeit bekommt der Apotheker nicht mehr Geld. Es ist aber selbstverständlich, dass er sich zum Wohle des Patienten dahinterklemmt.

Da müssen wir doch handeln. Das können wir doch nicht so stehen lassen mit dem Risiko, dass dann, wenn Sie in einer schwierigen Situation sind und als Apotheker fachlich entscheiden müssen, weil Sie an einem Sonntag keinen Arzt erreichen und dem Patienten helfen wollen, wenn retaxiert wird, null Euro stehen bleiben. Null Euro! Dieses Risiko ist sehr groß. Trotzdem helfen uns die Apotheker. Auch hier muss eingeschritten werden. Es kann doch nicht sein, dass dem Apotheker alles abgezogen wird, obwohl der Patient voll versorgt ist. Auch hier muss also entschieden gehandelt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben mit unseren Anträgen gezeigt, dass wir in diesem Bereich fortfahren müssen. Auch die Rabattverträge müssen geändert werden. Die Arzneimittelproduktion muss – auf jeden Fall in Teilen – nach Europa zurückgeholt werden. Rasches Handeln ist erforderlich. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Helfen wir unseren Apothekern!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Trautner. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Christina Haubrich für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir kennen das Spiel bereits: Die Apotheken streiken, und das Einzige, was der CSU dazu einfällt, ist, auf die Ampel-Regierung und auf den Bund zu verweisen. Statt sich in Bayern darum zu kümmern, dass unser Gesundheitssystem verbessert wird, kommt wieder ein Antrag, der nur nach Berlin zeigt.

(Alexander König (CSU): Was sollen wir denn da machen? – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wenn das eine Bundesangelegenheit ist, regelt das der Bund! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie müssen mal lernen, Verantwortung zu tragen!)

Mir ist klar, dass das einfacher ist, als den eigenen Verantwortlichkeiten nachzugehen. Aber bringt uns das wirklich weiter? – Nein, das tut es nicht.

Deswegen möchte ich das jetzt möglichst nüchtern betrachten. Die Politik der Bundeskolleg*innen hat bereits entsprechende Gas- und Strompreisbremsen für kleinere und mittelständische Unternehmen geschaffen und auf die Situation reagiert. Auch die Situation der Apotheker*innen soll sich im Hinblick auf die nicht lieferbaren Medikamente deutlich verbessern. Wir stehen am Anfang eines parlamentarischen Verfahrens für ein wichtiges und notwendiges Gesetz; denn unsere Apotheken spielen eine ganz wichtige Rolle in unserer Gesundheitsversorgung. Sie entlasten unsere Arztpraxen, da Patient*innen auch hier fachkundig Beratung finden. Sie entlasten unsere Krankenhäuser, da sie wohnortnah Notdienste anbieten, die oftmals den Weg in die Notaufnahme ersparen.

Wir GRÜNE möchten die Gesundheitsberufe stärken. Unsere Vision ist eine vernetzte, koordinierte Gesundheitsversorgung, bei der Arztpraxen, Gesundheitsämter, Pflegedienste und Krankenhäuser kooperieren. Unsere Apotheken sind hierbei nicht nur Ergänzung, sondern elementare Bausteine einer wohnortnahen und bedarfsgerechten

Versorgung.Wir brauchen sie als Vertrauensorte. Apotheken sind unsere lokalen Ansprechpartner für gesundheitliche Fragen. Wir wollen und wir können nicht auf sie verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Der heutige Streik ist ein Warnsignal – ein Warnsignal, das ankommt. Ich sehe und ich verstehe die Sorgen vieler Apotheker*innen. Auch sie haben, wie alle unsere Gesundheitsberufe, in den vergangenen Jahren Außerordentliches geleistet. Ich sehe, dass durch die Inflation steigende Personalkosten und herausfordernde Arbeitsbedingungen auch diesen Berufszweig richtig unter Stress setzen. Ich kann die Wünsche unserer Apotheker*innen nachvollziehen.

Die aktuellen Herausforderungen dürfen aber nicht auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten ausgetragen werden. Ich verlange stattdessen von der Staatsregierung, dass sie sich um die Reform unseres Gesundheitssystems hier in Bayern bemüht und kümmert

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wenn sich einer kümmert, ist es der Holetschek!)

und dass sie sich konstruktiv einbringt, anstatt ausschließlich Berlin-Bashing zu betreiben.

Wir brauchen eine Verbesserung der Arbeitssituation. Das schaffen wir zum Beispiel durch Digitalisierung und Bürokratieabbau. Der heutige Streik ist ein weiteres Warnsignal unseres Gesundheitssystems. Er zeigt, dass eine weitere Grenze überschritten wurde. Der Zustand unseres Gesundheitswesens ist direkt auf Ihre jahrzehntelangen Versäumnisse und Reformblockaden zurückzuführen. Bringen Sie sich bei den Reformvorhaben in Berlin konstruktiv ein. Seien Sie froh, dass es Menschen gibt, die den Mut haben, etwas zu verändern, und hören Sie bitte auf, ständig nur mit dem Zeigefinger nach Berlin zu zeigen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Haubrich. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Prof. Peter Bauer das Wort.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein besonderer Tag für Bayern, und heute ist ein besonderer Tag für Deutschland; denn die Apotheken haben weitgehend geschlossen. Wir merken, wie wichtig die Apothekenversorgung ist.

Frau Haubrich, ich möchte darauf hinweisen, dass die Apotheken nicht nur Medikamente verkaufen und beraten, sondern sie sind auch für viele Heil- und Hilfsmittel zuständig. Das ist also ein wesentlich größerer Bereich, der hier geleistet werden kann. Das, was die Apotheken in den letzten Jahren in der Corona-Krise geleistet haben, verdient volle Anerkennung und Respekt. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle auch bei allen Apothekerinnen und Apothekern und vor allen Dingen auch bei den Mitarbeiterinnen in den Apotheken für ihre großartigen Leistungen bedanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Apothekensterben ist nicht nur einfach ein Phantom, sondern ein Fakt. Die Zahlen belegen das. In der Zeit von 2018 bis heute haben ungefähr 300 Apotheken in Bayern geschlossen. Das muss man sich einmal vorstellen. Tatsache ist: Auf die einzelnen Apotheken kommt dann noch mehr Arbeit zu. Sie müssen dann noch mehr Leistungsfähigkeit zeigen; denn jetzt schon versorgen Apotheken durchschnittlich 4.600 Menschen. Ich kann mich dann an der Stelle kurzfassen. Frau Trautner hat schon umfangreich über die Forderungen gesprochen, die auch wir von der FREIE-WÄHLER-Fraktion vollständig unterstützen.

Mir liegen zwei Dinge am Herzen, nämlich zum einen die Lieferschwierigkeiten. Ich bin schon etwas länger als Frau Haubrich im Landtag und habe das auch im Gesundheitsausschuss so beobachtet. In all den Jahren gab es während der Sommerzeit bei ungefähr 100 bis 150 Medikamenten Lieferschwierigkeiten. Jetzt, heute, basierend auf aktuellen Daten, gibt es bei 477 Medikamenten Lieferschwierigkeiten.

Was muss ein Apotheker machen? – Ein Apotheker muss sich, wie Frau Trautner das richtig dargestellt hat, umfassend stundenlang darum kümmern, dass er Ersatz findet. Das sind keine Lifestyle-Medikamente, sondern das sind viele lebenswichtige Medikamente. Ich erinnere nur an Tamoxifen, ein Brustkrebsmedikament. Bei Kindermedikamenten ist die Situation noch dramatischer; denn gerade Fiebersäfte, Paracetamol oder Ibuprofen, sind stark davon betroffen, dass sie eben nicht lieferfähig sind. Das muss sich ändern.

Frau Haubrich, ich weiß nicht, was Sie mit dem Bashing haben. Also, man muss doch noch klar sagen können, wer die Zuständigkeit hat. Wenn Sie von Jahrzehnten sprechen, haben Sie vielleicht vergessen, dass zwischen 1998 und 2005 SPD und GRÜNE in der Regierung waren. Also, wenn Sie von Jahrzehnten sprechen, okay, dann ist vielleicht Ihr Gedächtnis ein bisschen schlecht. Da will ich Ihnen noch ein bisschen helfen. Die Apotheker stehen mit dem Rücken zur Wand. Wir müssen ihnen helfen. Deswegen stimmen wir diesem Dringlichkeitsantrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Prof. Bauer. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Protesttag der Apotheken, nicht nur in Bayern, ist natürlich ein lauter Schrei dieser Branche gegen die Entwicklungen in Berlin. Mal wieder ist das bei den Apothekern eine Entwicklung, die man nicht gutheißen kann. Nach dem Desaster, das sich infolge der Pflegereform beim Thema Krankenhaus ankündigt, gibt es jetzt die nächste Baustelle bei den Apotheken.

Aber wie kamen wir zu dieser Situation? – Zwei Bausteine sind zu beachten: Das eine ist die Vergütung der Apotheken. Da, muss man schon sagen, hat man halt viel zu

sehr auf die großen Pharmaunternehmen gesetzt und eben dem Apotheker, der das gelernt hat, entsprechend Medikamente zusammenzustellen, weniger vertraut. Die Apotheken wurden in den letzten Jahrzehnten leider eigentlich nur noch zu Ausgabestellen für Medikamente.

Das andere ist, dass wir schon seit längerer Zeit in Schwierigkeiten geraten. Wir hatten auch die Anhörung zu diesem Thema. Da ging es darum, dass bestimmte Medikamente einfach nicht verfügbar sind. Da trifft natürlich der Unmut der Bevölkerung zuallererst den Apotheker, wenn man in die Apotheke reingeht. Man muss dann erfahren, dass das eine oder andere Medikament nicht verfügbar ist. Wir haben eine akute Knappheit bei bestimmten Medikamenten.

Meine Damen und Herren, von daher ist das ein Fehler der letzten Jahrzehnte gewesen. Ich kann es Ihnen jetzt nicht ersparen, dass ich feststelle, dass außer der AfD und den FREIEN WÄHLERN, die in Berlin nichts zu melden haben, eigentlich alle Fraktionen hier im Hause irgendwie eine gewisse Mitschuld tragen.

Wie kommen wir jetzt aus der Misere raus? – Ich habe mir heute mal die Mühe gemacht, das lokale Internetportal bei uns dahin gehend zu durchforsten, was denn Apotheker so zu ihrer Misere sagen. Die Rahmenbedingungen werden insgesamt immer schlechter, betont ein Apotheker beispielsweise. Hier gibt es zu viel Bürokratie, eine schlechte Zusammenarbeit mit den Krankenkassen, und auch die Digitalisierung macht ihnen Schwierigkeiten. Denn erstens sind die Medikamente und Arzneimittel, die sie verkaufen wollen, zum Teil nicht lieferbar, und zweitens sollen sie dann auch noch diese Investitionen stemmen, die bei schlechten Umsätzen bzw. schlechten Vergütungen halt einfach nicht zu erwirtschaften sind.

Das andere ist logischerweise die Knappheit. Da berichtet ein Apotheker, dass sie in ihrem Labor relativ viele Mittel selber herstellen oder versuchen, sie herzustellen, um das abzufedern; aber das ist zum Beispiel bei Antibiotikasäften für Kinder nicht möglich. Bei Antibiotika können die das Medikament nicht im Labor der Apotheke machen,

sondern das kommt mittlerweile halt meistens aus Asien. Hier sind zum Beispiel 300 Posten nicht mehr lieferbar.

Meine Damen und Herren, der Apotheker spricht hier ganz klar davon: Wenn ein Kind wegen eines fehlenden Antibiotikasaftes stirbt, braucht bei der Krankenkasse keiner den Kopf hinzuhalten. Da hat er leider recht. Wir brauchen dringend mehr Infrastruktur bei den Krankenkassen und müssen auch mal überlegen, ob es nur darum geht, den Krankenkassen hier Geld zu ersparen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Winhart, eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung liegt vor – bitte bleiben Sie noch am Mikrofon –, und zwar von Frau Kollegin Trautner von der CSU-Fraktion.

Carolina Trautner (CSU): Herr Kollege Winhart, ich muss noch mal nachfragen, ob ich mich verhört habe: Haben Sie gerade eben gesagt, dass in den letzten Jahren die Apotheken zu einer reinen Ausgabestelle von Medikamenten geworden sind? – Dann muss ich das entschieden zurückweisen. Denn die Apotheker haben in den letzten Jahren Unermessliches und Großartiges geleistet und unter erschwerten Bedingungen wie immer genau ihre Arbeit gemacht, beraten, unterstützt und ihr Fachwissen eingebracht. Da bitte ich noch mal um eine Klarstellung.

(Beifall der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Andreas Winhart (AfD): Na ja, aber ich – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben das gesagt, Herr Kollege!)

– Man kann schon alles im Munde umdrehen, aber Fakt ist schon – natürlich, Frau Kollegin, ich stehe auch dazu –: Aus der Branche ist es bekannt, dass viele Apotheker eben bemängeln, dass sie eben nicht mehr – und ich war früher, vor meiner Zeit hier im Landtag beruflich in der Branche unterwegs –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist ein paar Jahre her!)

die Gelegenheit hatten, Medikamente oder Arzneimittel selbst herzustellen. Gerade, wenn es um Hormonpräparate geht, passt oftmals der Apotheker noch selbst eine Mischung individuell an; das ist aber das Letzte, was geblieben ist. Alles andere läuft dann über Lohnhersteller, oder man verkauft halt nur noch das, was die großen Pharmaunternehmen herstellen.Da liegt das Problem. Es ist durchaus ein Wunsch der Branche – das erfahren Sie, wenn Sie sich mit Apothekern unterhalten –, weil die Gewinnspannen dann auch größer sind, wieder mehr selber zu machen, und zwar nicht nur bei den Hormonen, sondern auch in anderen Bereichen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Die Apotheken sind uns lieb und teuer. Sie haben unsere Anerkennung, aber eben auch ganz besonders Aufrichtigkeit verdient.

Der bayerische Gesundheitsminister hat heute gesagt, dass er prinzipiell Verständnis für die Proteste der Apotheken habe. Das ist aber zunächst einmal ein bisschen wohlfeil. Genauso geht es mir auch mit Ihrem Antrag hier. Sie wollen sich bei den Apotheken ein bisschen beliebt machen, ohne aber selber etwas Konkretes zu liefern.

Der zentrale Punkt, um den es heute bei den Apotheken geht, ist das Geld, also konkret die Erhöhung der Zuschläge pro abgegebener verschreibungspflichtiger Arzneimittelpackung. Deren Anzahl ist stark gestiegen, und daran verdienen die Apotheken auch völlig zu Recht und selbstverständlich. Die Hauptforderung einer Anhebung von 8,35 Euro, wie es jetzt ist, auf 12 Euro pro Packung löst sehr hohe Kosten aus. Bei 602 Millionen Exemplaren, die 2022 ausgegeben wurden, bedeutet das zusätzliche

Kosten in Höhe von 2,2 Milliarden Euro jährlich allein für die Apotheken. Diese müssten dann über die Krankenkassen komplett von den Beitragszahlern getragen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Jetzt erheben Sie aber gleichzeitig ein Lamento, weil der Kassenbeitrag leider angehoben werden muss. Dann müssten Sie aber schon sagen, wo das Geld dann herkommen soll, sonst wäre Ihre Unterstützung auch nur scheinbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie fordern auch immer mehr Steuergeld für den Gesundheitssektor; Sie sind zugleich aber grundsätzlich gegen jede Steuererhöhung. Ihre Rechnungen gehen also nicht auf.

Die Apotheken haben während der Pandemie Hervorragendes geleistet. Sie haben am Verkauf von Masken, Corona-Tests und Impfungen auch gut verdient. Das ist in Ordnung. Es gibt aber auch Branchen, die mit sehr viel stärkeren Einbußen zurechtkommen mussten. In Deutschland geben wir im internationalen Vergleich besonders viel Geld für Arzneimittel aus; denn die Apothekenhonorare steigen ja auch durch die immer höheren Preise für die einzelnen Medikamente. Wenn Sie die Forderung nach weiteren und höheren Zuschlägen unterstützen wollen, dann sagen Sie bitte auch, wo das Geld dafür herkommen soll, sonst haben die nämlich von Ihren warmen Worten nichts.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Waldmann, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer für die FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Heute blieben die meisten Apotheken geschlossen. Viele haben aber bereits endgültig geschlossen. Wenn wir uns die Zahlen mal kurz an-

schauen: Aktuell sind es bundesweit weniger als 18.000 Apotheken; 2010 waren es bundesweit noch 21.441. Während der Corona-Pandemie, jetzt bei den Lieferengpässen und trotz eines bestehenden Fachkräftemangels haben die Apotheken großartig gearbeitet. Sie haben die Menschen großartig versorgt.

Ich schaue mir mal die Forderungen im Antrag der CSU an. In dem Dringlichkeitsantrag heißt es: "Bund muss Rahmenbedingungen […] endlich verbessern". Warum haben denn die Apotheker demonstriert? – Nicht weil die Ampel seit eineinhalb Jahren regiert und alles schlecht macht, nein, es sind die Versäumnisse der letzten zehn Jahre einer CDU/CSU-Regierung auf Bundesebene.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Thomas Huber (CSU) – Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Reformen im Gesundheitssystem sind nicht angegangen worden. Auch in Bayern regiert eine Stillstandskoalition.

(Beifall bei der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Andere Argumente haben Sie nicht?)

Die Apotheker fordern einen Bürokratieabbau und eine Verbesserung bei der Digitalisierung. Das führt mich geradewegs zur Retaxation. Konkret wäre eine gute Forderung – das fordern wir auch – die Null-Retax, und zwar: abschaffen! Oder aber maximal auf das Apothekerhonorar zu begrenzen. Ich erkläre Ihnen das kurz: Der Apotheker bekommt von einem Arzt ein Rezept über ein Medikament, das bestimmten Kriterien unterliegt. Der Apotheker gibt das Medikament dann aus. Wenn auf dem Rezept ein Formfehler besteht, bekommt der Apotheker null Euro von der Kasse, wenn er diesen Fehler nicht findet. Das heißt, es können mal sehr schnell mehrere Tausend Euro sein, was dann im Wiederholungsfall bei den Apothekern Riesensummen auslöst. Die Apotheker könnte man mit einer Änderung schonen und finanziell massiv entlasten.

Außerdem braucht es mehr Wertschätzung. Dazu gehört natürlich auch die finanzielle Wertschätzung. Es sollte für den zusätzlichen Aufwand der Bewältigung von Lieferengpässen einen angemessenen Ausgleich geben, den sogenannten Engpassausgleich, der von Herrn Lauterbach jetzt leider mit nur 50 Cent für die Mühen beim Lieferengpassmanagement veranschlagt ist. Das ist wahrlich zu wenig. Das heißt, das würde einer Mitarbeiterin umgerechnet gerade mal 24 Sekunden Zeit lassen, um das zu klären und diesen Mangel zu beseitigen. Wir wollen doch auch in Zukunft eine wohnortnahe Versorgung sicherstellen. Diese werden wir aber nur dann sicherstellen, wenn die Gelder entsprechend zur Verfügung stehen bzw. die Leistungen, die für eine wohnortnahe Arzneimittelversorgung so wichtig sind, auch vorhanden sind.

Der Bund hat dieses Thema auf dem Schirm. Nach der zurückliegenden Untätigkeit der Bundesregierung – da gehören Sie als CSU-Fraktion auch dazu – haben Sie, denke ich, nicht das Recht, mit Ihrem Antrag auf Bundesebene diese Themen in dieser Form einzufordern.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Dr. Spitzer, vielen Dank. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion vor.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, lieber Dominik, weil du gerade hier auf den Freistaat Bayern draufgehauen hast und von einer "Stillstandskoalition" gesprochen hast, erwidere ich: Dieser Antrag macht klare Vorschläge. Die Punkte, die wir nennen, sind alle in Berlin verortet. Genauso, wie man hier sagt: "Nicht immer nach Berlin schießen!", ist es genauso langweilig und völlig absurd, immer alles auf die letzte Koalition auf Bundesebene zu schieben, weil die Lieferengpässe natürlich jetzt erst entstanden sind. Der Bund hat darauf nicht reagiert. Es geht dabei wohl darum, den Schwarzen Peter jetzt von Berlin nach Bayern zu verschieben. Das machen wir nicht mit. Bayern hat mit der Taskforce und mit den Allgemeinverfügungen

zur Reimportierung von Arzneimitteln gehandelt. Das, was hier passiert, was die Kollegin Waldmann und auch du gemacht haben, klingt mir wie das Klatschen vom Balkon für die Pflegekräfte. Davon können sich die Apotheker aber nichts kaufen. Deswegen brauchen wir die Forderungen, die wir mit dem Dringlichkeitsantrag vorgelegt haben. Ich bitte darum, das wirklich nach Berlin zu tragen und das dort auch zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Spitzer, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Punkt eins: Die Lieferengpässe, und man möge die zurückliegenden Listen des Paul-Ehrlich-Instituts durchforsten, bestehen nicht erst seit gestern. Natürlich ist dieses Thema durch die Ukraine-Krise und ähnliche Themen verschärft worden. Ich denke, das ist dir und auch allen anderen hier im Raum bewusst.

Punkt zwei: Unabhängig davon halte ich den Antrag für alles andere als konkret. Konkrete Forderungen wären zum Beispiel eine Erhöhung von 8 Euro auf 10,35 Euro des Fixums, die Aussetzung bzw. Abschaffung der Null-Retax und viele andere konkrete Punkte, die dieser Antrag leider nicht beinhaltet. Deshalb halte ich den Antrag für ablehnenswert.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Dr. Spitzer, vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/29327 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach und Klingen. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP sowie des fraktionslosen Abgeordneten Busch. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.